

# 70 Jahre und kein bisschen leise

Topökonom Hans-Werner Sinn hat heute Geburtstag und spricht über Bärte, Macron, Geld und Europa

Bielefeld (WB). Hans-Werner Sinn, als Chef des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über Jahre führender deutscher Ökonom, wird heute 70 Jahre alt. Andreas Schnadwinkel hat mit dem gebürtigen Bielefelder über Persönliches und Politisches gesprochen.

**?** Was die Leute vielleicht am meisten interessiert: Wie findet Ihre Frau eigentlich Ihren Bart?

**Hans-Werner Sinn:** Ich trage den Bart wegen meiner Frau. Als wir uns vor 50 Jahren zu Beginn des Studiums kennenlernten, trug ich hin und wieder einen Bart. Damals bestand er ohnehin nur aus Flusen. Sie wollte, dass ich ihn behalte, und seitdem habe ich ihn.

**?** Brauchen Sie als öffentliche Person den Bart als Wiedererkennungsmerkmal?

**Sinn:** Nein, daran liegt mir ein gar nichts, im Gegenteil. Zum Glück gäbe mir der Bart die Chance, inkognito zu sein, wenn ich ihn abrasieren würde.

**?** Entsprechen Sie durch Geburt und Jugend in Bielefeld-Brake dem Typus des ostwestfälischen Sturkops?

**Sinn:** Ich bin kein geschmeidiger Politiker, sondern ein Wissenschaftler. So weit würde ich Ihnen folgen. Was richtig ist, muss auch gesagt werden. Ich fühle mich dem Volk verpflichtet, das mich bezahlt. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass sich ein Volk Volkswirte hält. Wenn das Volk ihnen ein Lohn Einkommen zahlt, dann müssen diese Volkswirte auch zurückliefern. Um es auf den Punkt zu bringen: Der Betriebswirt berät den Betrieb, der Volkswirt berät das Volk.

**?** Wie sieht diese Beratung aus?

**Sinn:** Volkswirte beurteilen die Wirtschaftspolitik und machen Vorschläge für Gesetze und Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf. Das ist kein privat verwertbares Wissen. Wir helfen den Leuten nicht, ihren eigenen Gewinn zu maximieren, indem wir Anlagetipps geben. Wir wollen den mündigen politischen Bürger informieren, damit er bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen die richtigen Entscheidungen treffen kann, wenn er an die Wahlurne geht.

**?** Ist in der neuen Großen Koalition die schwarze Null, also keine neuen Schulden im Bundeshaushalt, 2020 weg?

**Sinn:** Die schwarze Null zu halten ist Ziel des Koalitionsvertrages. Insofern halte ich diese Befürchtung nicht für begründet. Und was den designierten Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD betrifft, habe ich keine Bedenken. Ich habe ihn als nüchternen und soliden Menschen kennengelernt.

**?** Wie viele Milliarden muss Deutschland wegen des Brexits und wegen der Forderungen des französischen Präsidenten Macron künftig nach Brüssel überweisen?

**Sinn:** Das kann ich nicht sagen. Es werden auf jeden Fall sehr viele und viel mehr Milliarden als bislang sein. Man braucht auch sehr viel Geld, wenn man wirklich Länder in Schwierigkeiten substanziell unterstützen will. Das ist mit Almosen nicht getan. Ich befürchte, dass uns ein Länderfinanzausgleich in der Euro-Zone arm machen würde. In Europa gibt es einfach zu viele Länder, die durch den Euro in Schwierigkeiten gekommen sind und ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Diese Länder haben sich unter dem Schutz des Euro über beide Ohren verschuldet und ihren Lebensstandard auf Pump geschaffen. Und jetzt wollen sie, dass dieser Lebensstandard, der nicht



Seine Gedanken drehen sich oft um Geld, nämlich um das der Steuerzahler: Volkswirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn. Foto: imago

ihrer Wirtschaftskraft entspricht und den sie durch Exporte nicht selbst erarbeitet haben, durch Geschenke anderer Länder aufrecht erhalten wird. Das geht aber nicht. Das ist Wunschdenken von Macron und den südeuropäischen Ländern.

**?** Liegt das Problem ausschließlich in Südeuropa?

**Sinn:** Wenn die Briten nicht mehr in der EU sind, schrumpft der Block der nördlichen Länder von 39 Prozent auf 30 Prozent der EU-Bevölkerung, und der Mittelmeer-Block steigt von 38 Prozent auf 43 Prozent. Dann hat der Norden keine Sperrminorität im Ministerrat mehr, die bei 35 Prozent der Bevölkerung liegt, und der Süden kann alles blockieren. 40 Prozent der Bewohner der Euro-Zone leben in nicht funktionierenden Volkswirtschaften. Sie mit unserem Geld zu retten, ist unmöglich. Wer bereit ist, bei der Transferunion den kleinen Finger zu geben, wird bald merken, dass die ganze Hand genommen wird. Die Geldtransfers von Norden nach Süden sind auch für die Empfängerländer selbst nicht gut. Mit ihrer Hilfe können die südlichen Länder ihre überhöhten Löhne verteidigen und bleiben so teuer. So können sie nie wieder wettbewerbsfähig werden. Das ist wie

eine Droge, an die man sich gewöhnt und von der man nicht mehr loskommt.

**?** Wer wie Macron große Zukunftsvisionen für Europa entwirft, will der kurzfristig nur deutsches Geld für Frankreich?

**Sinn:** Man sollte Macrons Vorschläge aufgreifen, wo sie zu mehr europäischer Integration führen. Wenn es um die gemeinsame Verteidigung, die Grenzsicherung und transnationale Infrastrukturprojekte geht, sind die Vorschläge gut. Das sind ja auch Europas originäre Aufgaben.

**?** Aber?

**Sinn:** Gefährlich sind seine

Umverteilungswünsche. Sie bedeuten, dass Europa Spanien immer ähnlicher würde. Der Süden käme nie mehr vom Fleck, und im Norden wüchse der Ärger wie in Katalonien. Ein gemeinsamer Investitionsfonds, bei dem innerhalb der Länder Projekte finanziert und unter Umgehung aller Schuldenschränken gemeinschaftlich besicherte Schulden gemacht werden können, ein europäischer Währungsfonds, der die Transferzahlungen realisieren soll, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung oder eine gemeinsame Einlagensicherung: Das alles ist des Teufels. Wir können nicht grenzüberschreitend jedes Konto in Griechenland und Italien

mit 100.000 Euro absichern, wie Macron das will. Viele Banken Südeuropas sind pleite und werden nur noch mit Bilanztricks über Wasser gehalten. Das müssen diese Länder selbst lösen, so wie auch wir ja die Verluste aus der Pleite der Norddeutschen Landesbank allein tragen.

**?** Warum braucht Angela Merkel den französischen Präsidenten Macron?

**Sinn:** Wegen der Flüchtlingskrise, da hat sich die Kanzlerin total verrannt. Sie hat Osteuropa gegen die EU aufgebracht und den Austritt Großbritanniens provoziert. Die Briten hatten Angst, dass die Flüchtlinge illegal oder über ein von Deutschland erzwungenes Quotensystem zu ihnen kommen. Merkel braucht Macron, um aus dieser Flüchtlingsnummer einigermaßen gesichtswahrend rauszukommen. Mit Hilfe Frankreichs will sie doch so etwas wie einen Verteilungsmechanismus durchsetzen. Deswegen muss sie an anderer Stelle Zugeständnisse machen.

**?** Wird am Ende der Kanzlerschaft vor allem die Flüchtlingskrise in Erinnerung bleiben?

**Sinn:** Selten ist die Politik eines deutschen Regierungschefs so dramatisch falsch gewesen wie Merkels Flüchtlingspolitik. Ich sa-

ge nichts gegen die humanitäre Aktion in der ersten Phase, als die Leute in Ungarn gestrandet waren. Aber daraus dann eine dauerhafte unkontrollierte Zuwanderung zu machen und zu sagen, dass der Staat seine Grenzen nicht kontrollieren könne, das ist jenseits dessen, was die Bürger von einem Bundeskanzler erwarten können. Es ist im Übrigen ein glatter Bruch des deutschen Asylrechts, das ja klipp und klar sagt, dass jemand, der die deutsche Grenze überschreiten möchte, um hier Asyl zu beantragen, zurückzuweisen ist. Der Antrag darf gar nicht geprüft werden.

**?** Was passt Ihnen nicht am Umgang der EU mit den austretswilligen Briten?

**Sinn:** Die Vorstellung, dass man ein austretendes Land bestraft, damit es keine Nachahmer gibt, finde ich geradezu schrecklich. Das besagt doch, dass man eine Union hat, in der niemand gerne mitmacht und der Nettozahler bestraft wird, wenn er die Umverteilung nicht mehr mitmachen will. Ich stelle mir eine EU vor, von der jeder etwas hat und gerne mitmacht – und nicht bei Strafe am Austritt gehindert werden muss. Das wäre ja ein Gefängnis. Die Möglichkeit des normalen Austritts sollte erhalten bleiben, weil sie der Schutz vor Ausbeutung in der EU ist.

**?** Wie hoch wäre der Preis für Deutschland, wenn Jens Weidmann Präsident der Europäischen Zentralbank würde?

**Sinn:** Der Preis wäre wahrscheinlich ein französischer EU-Kommissionspräsident als Nachfolger von Jean-Claude Juncker, der dann versuchen würde, die Transferunion mit großem Nachdruck durchzudrücken.

**?** Was halten Sie von Christine Lagarde, derzeit noch Chefin des Internationalen Währungsfonds, als nächste EU-Kommissionspräsidentin?

**Sinn:** Gar nichts, weil Frau Lagarde eine harte Politik in französischem Interesse betreibt und nicht das europäische Gemeinwohl im Auge hat. 2010 sagte sie als französische Finanzministerin, dass man die EU-Verträge brechen musste, um den Euro zu retten. In Wahrheit wollte sie die französischen Banken retten. Jemanden, der zu Vertragsbrüchen bereit ist und eine derart nationalistische Politik macht, brauchen wir nicht an der Spitze der EU.

**?** Ist das Bargeld in seiner Existenz gefährdet?

**Sinn:** Langfristig ja. Die Bestrebungen in Kreisen der Notenbanken, auch in den USA, sind da eindeutig. Man will vom Bargeld weggucken, damit die Zinsuntergrenze beseitigt werden kann. Das würde die flächendeckende Einführung von Negativzinsen erleichtern. Dadurch ließe sich die Wirtschaft schneller ankurbeln, doch könnten die Sparer auch schneller enteignet werden. Was will die europäische Zentralbank? Will sie das für alle Gute, oder wird sie von einer Allianz überschuldeter Euro-Länder gesteuert, die ihre Gläubiger zur Kasse bitten wollen?

**?** Sie sind jetzt 70. Was wünschen Sie sich für die Zukunft Europas?

**Sinn:** Eine Fortsetzung der europäischen Integration, eine Weiterentwicklung der segensreichen Europäischen Union. Problematisch ist die Lage Europas erst seit der Einführung des Euro. Der Euro hat die EU in eine Schiefelage gebracht. Ich habe in meinem Buch Vorschläge gemacht, wie man die Defekte des Euro reparieren kann. Derzeit marschieren wir leider in die falsche Richtung.

Das Interview lesen Sie in kompletter Länge im Internet unter:



[www.westfalen-blatt.de](http://www.westfalen-blatt.de)

## Zur Person

Hans-Werner Sinn kam am 7. März 1948 im heutigen Bielefelder Stadtteil Brake zur Welt. Nach dem Abitur am Bielefelder Helmholtz-Gymnasium studierte er von 1967 bis 1972 Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und wechselte an die Universität Mannheim, an der er 1978 promoviert wurde und sich 1983 habilitierte.

Von 1984 bis 2016 war Sinn

Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und von 1999 bis 2016 Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. In seiner sechsten erschienenen Autobiografie »Auf der Suche nach der Wahrheit« (Herder-Verlag, 672 Seiten, 28 Euro) zieht er als Warner vor falschen politischen Entscheidungen die Bilanz seines Lebens.